

Seebrücke Brühl, c/o Ralph-Werner Jeckel, Drachenfelsstr. 26, 50321 Brühl

Herrn Bürgermeister Freytag und
Ratsbüro der Stadt Brühl
- Rathaus -
Uhlstraße 3
50319 Brühl

Brühl, den 26.01.2021

Bürgerantrag nach § 24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellen wir im Namen der Seebrücke Brühl, den Antrag, folgenden Beschluss in der Ratssitzung vom 01.03.2021 zu fassen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brühl beschließt:

“Die Stadt Brühl wird Sicherer Hafen“.

1. Sicherer Hafen: Die Stadt Brühl erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung: Die Stadt Brühl positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran.

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote: Die Stadt Brühl stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen sicher, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Brühl mit dem

Bundesinnenministerium, dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (NRW) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme: Die Stadt Brühl begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Bundesland NRW und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

4 a) Die Stadt Brühl fordert die Regierung des Bundeslandes NRW auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz einzuführen und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

b) Die Stadt Brühl fordert die Regierung des Bundeslandes z und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

5. Solidarische Kommune: Die Stadt Brühl tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

6. Kommunales Ankommen gewährleisten: Die Stadt Brühl sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

7. Kommunales Bündnis "Städte Sicherer Häfen": Die Stadt Brühl setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

8. Transparenz: Die Stadt Brühl veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicherem Hafen wird. Sie informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.

Begründung:

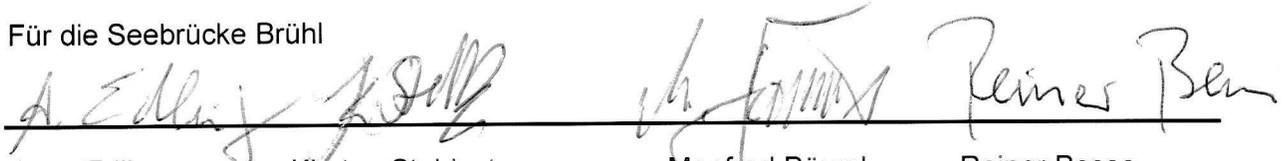
Zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik unterstützen die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“. Auch die Stadt Brühl ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen und sollte deshalb nach Meinung der Seebrücke Brühl auch bereit sein, sich offiziell zum Sicherem Hafen für Geflüchtete zu erklären. Damit bekräftigen die Stadt und ihre Bevölkerung die bereits bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur. Die Seebrücke Brühl wünscht sich vom Stadtrat, dass er an die Bundesregierung appelliert, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die

Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel. Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen müssen umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der sogenannten "libyschen Küstenwache" verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen. Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln und in Bosnien erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Seebrücke Brühl



Anne Edling

Kirsten Stuhlsatz

Manfred Bäuml

Reiner Besse



Peter Müller-Gewiss

Ralph-Werner Jeckel

(Die Namen und Adressen der Antragsteller dürfen in den Ratsunterlagen veröffentlicht werden.)